



**Geschäftsführung
Ausschuss für Anregungen und
Beschwerden**

Herr Schnitzler

Telefon: (0221) 221-26144

Fax: (0221) 221-26005

E-Mail: norbert.schnitzler@stadt-koeln.de

Datum: 10.03.2010

Niederschrift

über die **3. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 01.03.2010, 15:00 Uhr bis 17:45 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Horst Thelen GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Helmut Jung	CDU
Herr Horst Noack	SPD
Herr Frank Schneider	SPD
Herr Henk van Benthem	CDU
Frau Polina Frebel	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers	CDU
Frau Hildburg Holländer	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Stefan Fischer	GRÜNE
Herr Karsten Kretschmer	GRÜNE
Herr Anselm Riddermann	auf Vorschlag der FDP
Herr Markus Wiener	pro Köln

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Peter Löwisch	auf Vorschlag der Fraktion die Linke.Köln
Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Ulf Florian	auf Vorschlag der SPD
Herr Joachim Geysel	auf Vorschlag der CDU

Herr Heinz Klein	auf Vorschlag der CDU
Frau Renate Domke	auf Vorschlag der Grünen (originär FDP)
Herr Helmut Metten	auf Vorschlag der Grünen
Herr Georg Scheferhoff	auf Vorschlag der Grünen
Frau Marianne Wolf	auf Vorschlag der FDP
Herr Bernd Fieber	auf Vorschlag der pro Köln
Herr Berthold Bronisz	DIE LINKE
Frau Helga Schlapka	SPD

Verwaltung

Herr Dr. Höver

Verwaltung und Niederschrift

Herr Schnitzler

Fachverwaltung

48, Herr Sellen

48, Herr Dr. Zawisla

51, Frau Menke

61, Herr von Wolff

KVB, Herr Höhn

Externe

Fa. Kontrola, Herr Schwerdtner

Eigentümer des Hauses Wendelinstr. 63

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Stephan Pohl	CDU
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Michael Musto auf Vorschlag der CDU

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Verpflichtung von Ausschussmitgliedern

1 **Mitteilungen**

- 1.1 Radweg Severinsbrücke, Beantwortung einer Anfrage von Frau Schultes (0566/2010)
- 1.2 Schreiben im **Zusammenhang** mit einer Eingabe zur Zweitwohnungssteuer (Az.: 02-1600-88/09)
- 1.3 Rückschau zu den Beschlüssen des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden
- 1.4 Aufstellung von Hundekottütenspendern

2 **Anfragen**

- 2.1 Mündliche Anfragen
- 2.2 Schriftliche Anfragen

3 **Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

- 3.1 Verbesserung der sozialen Perspektive für den Nippeser Westen (Az.: 02-1600-74/09)
- 3.2 Restaurierung des Kleingehöftes Fenger-Schöngen (Az.: 02-1600-84/09)
- 3.3 Eingabe für die Optimierung der Zuwegung für Fußgänger zur Philharmonie (Az.: 02-1600-85/09)

I. Öffentlicher Teil

Verpflichtung von Ausschussmitgliedern

Der Vorsitzende verpflichtet Frau Schlapka und Frau Wolf als sachkundige Einwohnerinnen nach § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln und wünscht eine gute Zusammenarbeit.

1 Mitteilungen

1.1 Radweg Severinsbrücke, Beantwortung einer Anfrage von Frau Schultes (0566/2010)

Frau Schultes zeigt sich sehr verwundert über die Formulierung „kleinere bauliche Maßnahmen“ im letzten Satz der Mitteilung und vor allem über den Hinweis, dass die Finanzierung dafür nicht sichergestellt ist.

Der Ausschuss ist einvernehmlich der Auffassung, dass bei der Besichtigung des Radweges auf der Severinsbrücke und bei den Zuführungswegen unter Beteiligung des Fahrradbeauftragten größere Mängel festgestellt wurden.

Der Ausschuss bittet die Verwaltung, sich hierzu -insbesondere zur Finanzierung- nochmals zu äußern.

1.2 Schreiben im Zusammenhang mit einer Eingabe zur Zweitwohnungssteuer (Az.: 02-1600-88/09)

Der Ausschuss nimmt die Information zur Kenntnis.

Der Vorsitzende bittet, den Ausschuss zu gegebener Zeit über das Ergebnis der erneuten Überprüfung des Falles zu informieren.

1.3 Rückschau zu den Beschlüssen des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden

Der Ausschuss nimmt die Informationen zur Kenntnis.

1.4 Aufstellung von Hundekottütenspendern

Frau Holländer spricht einen Beschluss des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 26.05.2008 an und berichtet, dass die Bezirksvertretung Chorweiler auf der Grundlage dieses Beschlusses die Aufstellung von Hundekottütenspendern für verschiedene Standorte im Bezirk Chorweiler beschlossen hat.

Herr Dr. Höver ergänzt, dass solche Beschlussvorlagen derzeit in allen Bezirken zur Beratung anstehen oder bereits beschlossen wurden.

2 Anfragen

2.1 Mündliche Anfragen

- keine -

2.2 Schriftliche Anfragen

- keine -

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Verbesserung der sozialen Perspektive für den Nippeser Westen (Az.: 02-1600-74/09)

Beratungsverlauf:

Ein Vertreter der Antragsteller erläutert ausführlich die Eingabe. Er führt aus, dass die Antragsteller einen Begegnungspunkt im neuen Siedlungsgebiet wünschen; dafür sei aus seiner Sicht die ehemalige Kantine besonders geeignet. Durch den Zuzug von jungen Familien würde derzeit in dem Siedlungsgebiet der Anteil von Kindern im Alter von 1 – 7 Jahren dominieren. In einigen Jahren wäre dann ein erheblicher Fehlbedarf von Spiel-, Sport- und Aufenthaltsmöglichkeiten für ältere Kinder und Jugendliche zu verzeichnen; diesem Fehlbedarf sollte jetzt schon vorgebeugt werden. Er unterstellt der Verwaltung Fehlplanungen in diesem Bereich.

Herr von Wolff, 61 Stadtplanungsamt, nimmt Stellung für die Verwaltung. Er erläutert sehr ausführlich die Versorgungslage in dem Siedlungsgebiet. Er erklärt, dass die Planungen für die Versorgung eines Wohngebietes z.B. mit Spielplätzen oder Kita-Plätzen nur dann bedarfsgerecht erfolgen kann, wenn Kenntnisse über die tatsächlich in dem Gebiet angesiedelten Wohneinheiten vorhanden sind. Bei der Aufstellung des Bebauungsplanes für dieses Gebiet seien die Besonderheiten noch nicht bekannt gewesen. Da sich das gesamte Siedlungsgebiet in Privatbesitz befinde, könne die Verwaltung hinsichtlich der Versorgungslage nur das fordern, was im B-Plan festgesetzt sei. Entscheidend sei, wie der Eigentümer die Festsetzungen des Bebauungsplanes ausschöpft; so könnte der Eigentümer z.B. auch nicht zu einer bestimmten Nutzung der Kantine gezwungen werden.

Herr Kretschmer vertritt die Auffassung, dass es fahrlässig ist, bei einem Baugebiet, in das junge Familien ziehen, die Planungen von Spiel- und Aufenthaltsflächen für Kinder und Jugendliche zu vernachlässigen.

Herr Schwerdtner nimmt als Vertreter eines Investors, der Firma Kontrola, Stellung. Er macht deutlich, dass die Investoren nur die Festsetzungen eines bereits vorhandenen Bebauungsplanes ausführen. Da die Bebauung des Gebietes fast abgeschlossen sei, wäre es problematisch, jetzt noch auf neue Bedarfe angemessen zu reagieren. Er könne sich allerdings vorstellen, zusammen mit den anderen Investoren finanziell zu helfen, wenn qualifizierte Vorschläge vorgebracht würden.

Der Vorsitzende dankt Herrn Schwerdtner besonders für die Sitzungsteilnahme.

Frau Menke, 51 Amt für Kinder Jugend und Familie, informiert den Ausschuss, dass die Verwaltung im süd-westlichen Bereich der Grünfläche im Bürgerpark in Kürze einen provisorischen Bolzplatz herrichten wird. Der Ausschuss begrüßt diese Aussage.

Anschließend beantworten die Vertreter der Verwaltung noch Fragen der Ausschussmitglieder.

Auf Frage von Frau Holländer, wie der Ausschuss die Umsetzung von Optimierungsmaßnahmen in dem Baugebiet unterstützen kann -z.B. durch Verweisung an den Stadtentwicklungsausschuss- teilt Herr von Wolff mit, dass die Verwaltung jetzt mit der Umsetzung der Maßnahmen am Zuge sei.

Herr Kretschmer regt an, auch das Engagement der Investoren im Beschluss zu berücksichtigen.

Frau Wolf schlägt vor, im Beschluss auch die Ideen der Antragsteller zu würdigen.

Der Vorsitzende fasst die Redebeiträge zusammen und lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Antragstellern für ihr Interesse und ihre Ideen und nimmt die Darstellung der Verwaltung zur Kenntnis. Der Ausschuss begrüßt die Absicht der Verwaltung zur Nutzung der ehemaligen Kantine als Kindertagesstätte und die Bemühungen auch der Investoren zur Schaffung neuer Spielflächen für Kinder und insbesondere Jugendliche.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.2 Restaurierung des Kleingehöftes Fenger-Schöngen (Az.: 02-1600-84/09)

Beratungsverlauf:

Zunächst dankt der Vorsitzende dem Eigentümer des Baudenkmales für die Sitzungsteilnahme.

Der Antragsteller erläutert die Eingabe. Er betont, dass es für ihn unverständlich sei, dass das Objekt vor einigen Jahren zunächst seitens des Stadtkonservators aus der Denkmalliste gestrichen wurde; erst auf Druck des Landeskonservators sei es wieder in die Liste aufgenommen worden. Weiterhin bemängelt er unter Bezugnahme auf einige Beispiele die aus seiner Sicht nicht zufrieden stellende Kommunikation mit der städtischen Denkmalbehörde. Der Antragsteller bittet den Ausschuss zu beschließen, den Konservator aufzufordern, dem Bauherrn seinen Sachverstand zur Verfügung zu stellen und dazu eventuell auch den Landeskonservator zu beteiligen, dem Bauherrn gegebenenfalls die Ersatzvornahme anzudrohen und den Antragsteller über den Fortgang der Arbeiten zu informieren.

Herr Dr. Zawisla, 48 Konservator, nimmt Stellung für die Verwaltung. Er betont, dass er bisher die Restaurierung von ca. 20 historischen Hofanlagen betreut habe; dabei habe er festgestellt, dass solche Bauten überwiegend sehr problematisch seien; bei der Bausubstanz müsste immer mit größeren Verlusten gerechnet werden. Es sei daher für die Eigentümer nicht immer einfach, in solche Objekte zu investieren. In der Regel würde der Quadratmeterpreis bei einer Restaurierung über dem Preis einer Neubaumaßnahme liegen.

Der Eigentümer berichtet, dass seine Familie bereits seit vielen Jahren versucht, das in Rede stehende Objekt als Denkmal zu erhalten; in der Vergangenheit sei ein erster Versuch wegen Problemen mit der Statik verworfen worden. Es sei nicht in Ordnung,

dass ihm seitens des Antragstellers unterstellt werde, er würde das Objekt absichtlich verfallen lassen. Nur mit hohem finanziellen Aufwand sei das Baudenkmal zu erhalten, dazu möchte er dann auch einen Architekt seines Vertrauens in Anspruch nehmen. Anhand eines Modells erläutert er den Ausschussmitgliedern die Planungen und informiert, dass vor ca. einer Woche mit den Sanierungsarbeiten begonnen wurde; derzeit laufe ein Ausschreibungsverfahren für Zimmermannsarbeiten. Ein Enddatum für die Restaurierungsarbeiten könnte er aufgrund der ungewissen Bausubstanz nicht nennen.

Anschließend beantworten die Verwaltung und der Eigentümer noch Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Fischer findet den Umgang des Stadtkonservators mit dem Antragsteller bzw. mit dem Rheinischen Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz merkwürdig. Er regt an, den Beschlussvorschlag dahin gehend zu ergänzen, dass der Ausschuss den Konservator bitten möge, Anfragen von Bürgern mit Respekt, der gebotenen Wertschätzung und mit verständlicher Sprache zu behandeln.

Herr Dr. Höver weist darauf hin, dass die vom Antragsteller kritisierten Briefe des Stadtkonservators vom Sprachlichen her nicht zu beanstanden seien.

Herr Schneider und Herr van Benthem können für die Fraktionen von SPD und CDU den Vorschlag von Herrn Fischer nicht unterstützen, da hier nur ein konkreter Fall betroffen ist bzw. wie auch der Antragsteller ausführte, sich die Kommunikation verbessert hat.

Herr Fischer zieht daher seinen Änderungsantrag zurück.

Herr Löwisch würde es begrüßen, wenn die Verwaltung auch dann Auskünfte an Bürger erteilen würde, wenn sie dazu nicht verpflichtet ist.

Herr Schneider regt an, den Beschlussvorschlag um die Formulierung „im Sinne des Denkmalschutzes“ zu ergänzen.

Frau Domke schlägt vor, das Wort „überwachen“ durch „begleiten“ zu ersetzen.

Herr Geysse spricht sich dafür aus, im Beschluss auch das Engagement des Eigentümers zu berücksichtigen.

Frau Schultes hält es für wünschenswert, dass die Fachverwaltung den Ausschuss regelmäßig über den Fortgang der Restaurierungsarbeiten informiert.

Anschließend lässt der Vorsitzende über den entsprechend erweiterten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss dankt den Antragstellern und dem Eigentümer für ihr Interesse und für die Bemühungen zum Erhalt des Baudenkmals und bittet die Verwaltung, wie zugesagt die zeitnahe Sicherung der Bausubstanz im Sinne des Denkmalschutzes zu begleiten.

Weiterhin wird die Verwaltung gebeten, den Ausschuss regelmäßig über den Fortgang der Restaurierungsarbeiten zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Die Beratung dieses TOP wurde für die Zeit von 16.30 Uhr bis 17.17 Uhr unterbrochen für die bestens durch den Vorsitzenden, Herrn Thelen, und den Amtsleiter, Herrn Dr. Höver, organisierte politische Verabschiedung des Schriftführers durch Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes und weiterer Gäste.

3.3 Eingabe für die Optimierung der Zuwegung für Fußgänger zur Philharmonie (Az.: 02-1600-85/09)

Die Antragstellerin hat sich zur Sitzung entschuldigt.

Beratungsverlauf:

Herr Höhn nimmt Stellung für die KVB. Er bekräftigt die Zusage in der Beschlussvorlage zur optisch ansprechenden Gestaltung des Bauzaunes. Anschließend erläutert er die verschiedenen Möglichkeiten hinsichtlich des barrierefreien Zuganges zur Philharmonie. Er bittet den Ausschuss, nicht für den Bau einer anderen provisorischen Zuwegung zur Philharmonie zu votieren

Frau Holländer weist darauf hin, dass bei der Zuwegung vom Hauptbahnhof im Bereich der Trankgasse der Bürgersteig aus ihrer Sicht nicht ausreichend abgesenkt ist und nach der Überquerung der Straße eine leichte Steigung problematisch für mobilitätseingeschränkte Menschen sein könnte

Herr Schneider regt an, insbesondere auch aus Richtung Hauptbahnhof den barrierefreien Weg zur Philharmonie auszuschildern. Dieses soll auch im Beschluss berücksichtigt werden.

Herr Kretschmer bittet zu beachten, dass die Verkleidung des Bauzaunes nicht für freie Werbung benutzt wird; wenn Werbung, dann bitte nur für die Verwaltung oder die KVB.

Anschließend lässt der Vorsitzende über den um den Vorschlag von Herrn Schneider ergänzten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Da insbesondere behinderte/gehandicapte Philharmoniebesucher die Möglichkeit haben, die behindertengerecht gestaltete Tiefgarage unter der Philharmonie zu nutzen und von dort eine sichere Zuwegung haben, spricht sich der Ausschuss gegen den Neubau einer provisorischen Zuwegung aus.

Die KVB wird gebeten, wie zugesagt die vorgeschlagene ansprechende Gestaltung der Baustellenzäune nach Umgestaltung der Baustelle zu realisieren.

Weiterhin wird die Verwaltung gebeten, für eine bessere Beschilderung des barrierefreien Zuganges, z.B. aus Richtung Hauptbahnhof, zu sorgen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Horst Thelen

Ausschussvorsitzender

Norbert Schnitzler

Schriftführer